

887/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Meischberger, Ing. Nußbaumer und Kollegen
betreffend „Maut - stretching“ vom Schönberg bis Kufstein

Österreich wurde bekanntlich von der EU - Kommission wegen Verletzung der Wegekostenrichtlinie durch die Höhe der Brennermaut verklagt. Hintergrund ist, daß die Erhaltungs - und Errichtungskosten in einer angemessenen Relation zum Mauttarif stehen müssen, was aufgrund der Kürze der Mautstrecke nicht gegeben ist.

Dies nahm der Verkehrsminister zum Anlaß, um ein altes Lieblingsprojekt, das trotz gemeinsam beschlossener gesetzlicher Verankerung bislang vom Koalitionspartner blockiert wird, nämlich die LKW - Autobahnmaut in Gestalt des Road - Pricings, quasi durch die Hintertür einzuführen, indem die Mautstrecke von der eigentlichen Brennerstrecke auf des Gesamtabschnitt bis Kufstein ausgedehnt werden soll. Damit würden die EU - Frächter gleichviel für eine längere Strecke zahlen, die Wegekostenrichtlinie wäre - vielleicht - erfüllt.

Allerdings bedeutet diese Lösung auch, daß alle jene Fahrten, die nur den Inntalabschnitt berühren - also vor allem innerösterreichischer Verkehr - ebenfalls unter die Mautpflicht fallen würden, was wiederum einen eklatanten Wettbewerbsnachteil für die westösterreichische Wirtschaft bedeuten würde.

Demgegenüber steht die Möglichkeit, entweder Einfluß auf die Gestaltung der Wegekostenrichtlinie zu nehmen, die ohnedies aufgehoben wurde und neu verhandelt wird, oder im Zuge der Verhandlungen klar zu machen, daß man auch die Kosten für die Autobahn erhöhen kann, statt die Maut zu senken, was beispielsweise durch entsprechende Umweltinvestitionen bewerkstelligt werden könnte.

Jedenfalls kann es nicht angehen, daß ausgerechnet die tiroler und vorarlberger Wirtschaft nun auch noch wirtschaftliche Nachteile aus der Transitpolitik erfährt. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Klage der EU wegen der nach EU - Ansicht überhöhten Brennermaut durch andere Vorschläge als die Erweiterung des Mautbereichs von Schönberg bis Kufstein zu begegnen und so sicherzustellen, daß nicht die tiroler und vorarlberger Wirtschaft die Zeche für den EU - Transit zahlen muß.

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag zur Vorberatung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.